

Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 27. September 2011

Vorlagen-Nr. 11-F-03-0061

**Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus TV  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2011 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der vorliegende Antrag wird folgendermaßen geändert:

*Die Einleitung bleibt unverändert.*

*Die Beschlussfassung wird ersetzt:*

Der Magistrat wird beauftragt,

darzustellen, wie die Stadtverordnetenversammlung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Dabei sind folgende Punkte zu beachten:

1. Das Medium Internet soll als niedrighschwelliges Medium Träger der Inhalte der Stadtverordnetenversammlung sein.
2. Sowohl Reden, als auch Anträge und Beschlüsse -soweit im öffentlichen Teil erfolgt- sollen zeitnah (nach der jeweiligen Sitzung) nutzbar sein.
3. Eine Auffindungs- und Archivierungsmöglichkeit der Inhalte soll mit einer einfach zu handhabenden Suchfunktion zur Verfügung gestellt werden.
4. Es ist zu prüfen, wie die Inhalte der Stadtverordnetenversammlung darzustellen sind. Hierfür sind Möglichkeiten von Transkripten bis hin zu Livestreams von Audio- oder Videodateien zu prüfen. Dabei ist eine Folgenabschätzung vorzunehmen, die alle Aspekte berücksichtigt, insbesondere:
  - a. Eine mögliche Veränderung des „Charakters der Stadtverordnetenversammlung“ aufgrund der Medienpräsenz, insbesondere bei der Videodarstellung
  - b. Die Kosten der jeweiligen Möglichkeiten der Inhaltsdarstellung
  - c. Die Auswirkungen auf die Persönlichkeitsrechte der Stadtverordneten

**Beschluss Nr. 0083**

1. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2011 betr.

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV

gilt als eingebracht.

2. Eine umfassende Beratung soll im nächsten Sitzungszug im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration unter Einbeziehung von Fachleuten erfolgen, wobei alle Teilaspekte (z. B. neben Bildübertragung auch textbasiertes Archiv) beleuchtet werden sollen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2011

Spallek  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2011

1. Dem Vorsitzenden des Ältestenausschusses  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

2. Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .09.2011

Dezernate III, I/ITM und I/16  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister